

Nach der Weltklimakonferenz – wie geht es weiter?

Die Weltklimakonferenz in Bonn ist nach zweiwöchigen Verhandlungen Mitte November zu Ende gegangen. Die 197 Vertragsparteien vereinbarten Ziele, die es nun gilt umzusetzen. Damit einher geht unweigerlich die nationale Politik einer künftigen Bundesregierung.

Mit dem Pariser Abkommen 2015 hatte man sich vor allem darauf verständigt, die Klimaerwärmung auf deutlich unter zwei Grad über dem vorindustriellen Niveau zu halten. Die Bonner Konferenz sollte hauptsächlich der Frage nach den Fortschritten bei der Umsetzung des Pariser Abkommens nachgehen. Dabei ging es darum, Bisheriges besser prüfen zu können und die Ziele zu erhöhen. Neben den direkten Verhandlungen wurden auch freiwillige Aktionen auf den Weg gebracht.

Erhöhung der 2030-Ziele

Nach Auffassung der Beteiligten reichen die bestehenden Klimaziele der Länder noch nicht aus, um eine Treibhausgasneutralität zu erreichen. Inwiefern hierbei noch Nachholbedarf ist, soll im sog. Talanoa-Dialog herausgefunden werden. Unter Führung von Fidschi und Polen werden dabei im Laufe des nächsten Jahres Beiträge aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammengefasst. Von den Vertragsstaaten wird erwartet, in den nächsten drei Jahren alles für die Einhaltung ihrer Zusagen zu tun und im kommenden Jahr einen ernsthaften Prozess zur Erhöhung ihrer 2030-Ziele zu beginnen. Außerdem sollen die Staaten langfristige Strategien einplanen. Bisher haben sich rund 170 Vertragsstaaten des Paris-Abkommens dazu verpflichtet, ihre Emissionen herunterzufahren. Die Pläne reichen aber nur bis 2025 bzw. 2030. Neben Deutschland haben nur sechs Staaten, darunter Mexiko und Kanada, langfristige Strategien bis 2050 beim UN-Klimasekretariat eingereicht. Außerdem wird die Einhaltung der Klimaziele der Industriestaaten überprüft. In den Jahren 2018 und 2019 soll dazu jeweils eine Bestandsaufnahme durchgeführt werden. Dabei wird die EU als Ganzes betrachtet. Die EU hat ihr 2020er Ziel einer Reduktion der Emissionen um 20 Prozent im Vergleich zu 1990 bereits erfüllt und hofft, bis 2020 auf

26 Prozent zu kommen. Damit die Länder ihre Klimapläne aktualisieren und an die neuen Gegebenheiten anpassen können, brauchen sie eine sog. Gebrauchsanleitung für das Paris-Abkommen. Diese soll im kommenden Jahr verabschiedet werden. Hierzu sind bereits Vorschläge eingegangen.

Erstmals wird als zweitgrößter Emittent von Treibhausgasen die Landwirtschaft ins Visier genommen. Auf der COP23 wurde ein Arbeitsprogramm initiiert, mit dem Möglichkeiten der Treibhausgasreduktion in der Landwirtschaft erarbeitet werden sollen. Zur Stärkung der Landwirtschaft einigten sich Industrie- und Entwicklungsländer auf ein Arbeitsprogramm für die nächsten drei Jahre. Darauf aufbauend sollen im Jahr 2020 konkrete Maßnahmen beschlossen werden. Es geht um Ernährungssicherheit, Bodenfruchtbarkeit, Anpassung an den Klimawandel und andere Aspekte einer nachhaltigen Landbewirtschaftung. 90 Prozent der Länder haben in ihren Klimaplänen schon Maßnahmen zur Agrarwirtschaft vorgesehen.

Neue Allianz für globalen Kohleausstieg

Außerdem haben in Bonn 20 Länder einen Kohleausstieg bis zum Jahr 2030 oder früher angekündigt, darunter Großbritannien, Frankreich, Italien und die Niederlande sowie Kanada und Mexiko.

Die Diskussion um die Umsetzung der Vereinbarungen wird national auch die kommende Bundesregierung beschäftigen. Auch wenn Deutschland bereits jetzt zu den wenigen Ländern gehört, die einen Klimaschutzplan bis 2050 aufweisen, werden hier noch weitere Maßnahmen erfolgen. Dabei muss nach wie vor auf einen technologieoffenen Ansatz gesetzt werden, mit dem man Treibhausgasneutralität erreichen kann. Diskussionen um das Verbot des Verbren-

nungsmotors sind dabei inhaltlich falsch, da das Problem nicht die Technologie ist, sondern der Kraftstoff. Synthetische Kraftstoffe bieten hier durchaus Lösungen. Ebenfalls darf nicht vergessen werden, dass nach wie vor im Gebäudesektor Verbesserungen möglich sind. Die Sanierungsquote durch Abschreibungen anzukurbeln, bleibt ein wesentlicher Beitrag. Immerhin steht der private Gebäudesektor mit 15 Prozent der Gesamtemissionen für den derzeit drittgrößten Posten.


[Michael Faber]

BGA AKTUELL

BGA zum Scheitern der Jamaika-Sondierungsgespräche: Wo kein Wille, ist auch kein Weg

„Wo kein Wille, ist auch kein Weg. Was für ein Schlamassel. Neuwahlen können nur der letzte Ausweg sein, so weit ist es noch nicht. Nach diesem Tiefpunkt in der vergangenen Nacht sollten sich alle Beteiligten noch einmal 14 Tage Zeit nehmen, um sich zu besinnen, und sich dann noch einmal gemeinsam an einen Tisch setzen. Wir sind noch nicht bereit, dieses Projekt schon wieder zu begraben.“ Dies erklärt BGA-Präsident Dr. Holger Bingmann heute in Berlin zum Scheitern der Jamaika-Sondierungsgespräche.

„Die Sehnsucht nach der Oppositionsrolle statt den Gestaltungsauftrag anzunehmen, scheint zu grassieren. Das ist geradezu demokratischschädlich. Es zeigt sich überdeutlich, dass überspitzte Versprechungen und populistische Forderungen im Wahlkampf in die Sackgasse führen. Wenn dann auch noch Angst vor der eigenen Basis dazukommt, beraubt man sich jeglicher Kompromissfähigkeit“, so Bingmann abschließend.

 BGA-Pressemitteilung vom 20. November 2017

AUSSENWIRTSCHAFT

Importpreise im Oktober 2017: + 2,6 Prozent gegenüber Oktober 2016

Die Einfuhrpreise waren im Oktober 2017 um 2,6 Prozent höher als im Oktober 2016. Im September 2017 hatte die Jahresveränderungsrate + 3,0 Prozent betragen, im August 2017 + 2,1 Prozent. Wie das Statistische Bundesamt weiter

mitteilt, stiegen die Importpreise im Oktober 2017 gegenüber September 2017 um 0,6 Prozent.

KONJUNKTUR

Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe aufwärtsgerichtet ...

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im September gegenüber dem Vormonat um 1,0 Prozent gestiegen. Der Anteil von Großaufträgen war unterdurchschnittlich. Der Anstieg ging auf die starke Entwicklung bei den Investitionsgüterproduzenten zurück, bei denen die Aufträge um 4,9 Prozent zunahm. Nach deutlichen Zuwächsen im August nahmen dagegen die Auftragseingänge bei den Produzenten von Vorleistungsgütern (-4,0 Prozent) sowie Konsumgütern (-2,8 Prozent) im September ab.

Nach Einschätzung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) sind die Bestellungen in der Tendenz weiter ansteigend. Die Bestellfähigkeit hat sich auf hohem Niveau weiter erhöht. Das verbesserte Geschäftsklima in der Industrie deutet darauf hin, dass sich der Aufschwung im Verarbeitenden Gewerbe fortsetzen wird.

[Michael Alber]

... aber Produktion schwächer

Die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe fiel dagegen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im September im Vergleich zum Vormonat um 1,6 Prozent geringer aus. Die Industrieproduktion nahm um 1,6 Prozent ab, während die Bauproduktion geringfügig um 0,4 Prozent zulegte. Die Erzeugung von Investitionsgütern ging innerhalb der Industrie am stärksten zurück (-2,7 Prozent). Die Vorleistungs- und Konsumgüterproduktion nahmen leicht um 0,8 Prozent bzw. 0,3 Prozent ab. Damit ergab sich für das dritte Quartal insgesamt ein Anstieg der Produktion im Produzierenden Gewerbe um 0,8 Prozent. Die Industrieproduktion legte spürbar um 1,7 Prozent zu und fällt damit höher aus als in den beiden bereits starken Vorquartalen. Die Bauproduktion blieb dagegen unter dem hohen Niveau des Vorquartals (-1,0 Prozent).

Die Industriekonjunktur bleibt nach der Bewertung des BMWi weiterhin sehr lebhaft. Das BMWi geht davon aus,

dass das Produzierende Gewerbe in den kommenden Monaten insgesamt weiter auf Wachstumskurs bleiben dürfte. Auch der BGA geht davon aus, dass sich sowohl Auftrags-eingänge als auch Produktion insgesamt weiter robust entwickeln. Die deutsche Wirtschaft erweist sich trotz erheblicher weltweiter Herausforderungen außerordentlich risikobeständig.

[Michael Alber]

AGRAR- & ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

BGA informiert über Brexit

Der Verband Deutscher Kühlhäuser & Kühllogistikunternehmen (VDKL) hat im November gemeinsam mit dem Deutschen Tiefkühlinstitut (dti) in Bremerhaven das Kälteforum 2017 veranstaltet. Die dabei gehaltenen Vorträge beschäftigten sich unter anderem mit aktuellen Fragen zum praxisgerechten Zeitfenster-Management, den Anforderungen an eine Logistikkette vom Ofen bis ins Kühlhaus und Zukunftstrends in der Lebensmittellogistik. Der BGA informierte die über 180 Teilnehmer über den Brexit und seine Auswirkungen auf die deutsche Lebensmittelwirtschaft. Jan Eggert, Leiter des BGA-Büros in Brüssel, berichtete über den aktuellen Stand der Verhandlungen und die möglichen Szenarien. Sebastian Werren, Leiter der BGA-Abteilung für Agrar- und Ernährungswirtschaft, erläuterte, welche Folgen es für die deutsche Lebensmittelwirtschaft hätte, wenn sich die Europäische Union und das Vereinigte Königreich nicht auf eine gemeinsame Lösung verständigen und stattdessen Zölle für ihre jeweiligen Agrarimporte erhöhen.

[Sebastian Werren]

EUROPA

EU-Institutionen einigen sich auf EU-Budget 2018

Nach langem Tauziehen zwischen EU-Rat und Europäischem Parlament einigten sich beide Institutionen am 18. November auf den EU-Haushalt für 2018. Das Gesamtvolumen beläuft sich nun auf einen Verpflichtungsrahmen von 160,1 Milliarden EUR und Zahlungen von 144,7 Milliarden EUR. Der diesjährige EU-Haushalt orientiert sich an den hauptsächlichen Prioritäten der EU-Politik.

„Wir haben uns dieses Jahr angestrengt, die Wirkung der EU-Ausgaben zu maximieren und gleichzeitig genügend Spielraum zu haben, um auf unvorhergesehene Anforderungen reagieren zu können“, so Märt Kivine, stellvertretender Finanzminister von Estland und Chef-Verhandler des Rates für das EU-Budget 2018. „Das Budget 2018 konzentriert sich vor allem auf Prioritäten wie die Stimulierung des wirtschaftlichen Wachstums und die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verbesserung der Sicherheit und die Bewältigung der Herausforderungen, die mit der Migration zusammenhängen.“

Der jetzige Kompromiss basiert auf dem Haushaltsentwurf der EU-Kommission vom Mai dieses Jahres. Rat und EU-Parlament waren dieses Jahr zu recht unterschiedlichen Einschätzungen gekommen: Während das EU-Parlament nach der Devise „größere Verpflichtungen der EU bedürfen auch eines größeren Budgets“ eine kräftige Aufstockung des EU-Budgets auf 162,6 Milliarden EUR gefordert hatte, hatte der Rat eine restriktivere Linie des „mehr tun mit weniger Geld“ vertreten und wollte das Budget auf 158,9 Milliarden EUR begrenzen. Wie in solchen Fällen vorgesehen, wurden die unterschiedlichen Positionen im Rahmen eines Schlichtungsverfahrens von einem speziellen „Conciliation Committee“ beraten.

Das Europäische Parlament und der Rat haben nun 14 Tage Zeit, den gemeinsamen Text formell anzunehmen.

[Jan Eggert]

Robustes Wirtschaftswachstum 2017 für Europa prognostiziert

Um voraussichtlich 2,2 Prozent soll das reale BIP im Euro-Raum in diesem Jahr wachsen, so die Herbstprognose 2017 der EU-Kommission. Das wäre das stärkste Wirtschaftswachstum seit zehn Jahren. Auch für die EU insgesamt erwartet die Kommission, dass das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr mit 2,3 Prozent höher ausfällt als im Frühjahr noch erwartet.

Die Kommission führt die positive Entwicklung auf den stattlichen privaten Konsum, ein höheres Wachstum der Weltwirtschaft sowie sinkende Arbeitslosigkeit zurück. Vor dem Hintergrund der günstigen Finanzierungsbedingungen und der deutlichen Aufhellung des Geschäftsklimas würden auch die Investitionen steigen. Die Lage an den Arbeitsmärkten

ten verbessere sich, doch stiegen die Löhne und Gehälter bislang nur verhalten.

Auch die öffentlichen Finanzen im Euroraum würden sich aufgrund des anziehenden Wachstums stärker verbessern als im Frühjahr erwartet. Es wird davon ausgegangen, dass das gesamtstaatliche Defizit im Euroraum in den kommenden Jahren weiter zurückgeht und die Schuldenquote parallel dazu sinkt.

[Jan Eggert]

VERKEHR

Verkehrsministerkonferenz: Mobilität der Zukunft

Unter dem Vorsitz Hamburgs tagte die zweite Verkehrsministerkonferenz. Zu den zentralen Themenfeldern gehörten u. a. Mobilität in der Zukunft, Planungsbeschleunigung und Infrastrukturentwicklung im Eisenbahnbereich. Zur Verbesserung der Luftqualität haben sich die Verkehrsminister für ein „Nationales Investitionsprogramm Mobilität“ stark gemacht, um eine nachhaltige Modernisierung der Mobilität in Deutschland auf den Weg zu bringen. Das Programm soll die Förderung der Ladeinfrastruktur (z. B. LNG) für Straße, Wasserstraße, Schiene und der Elektrifizierung von Bahnstrecken, die Verbesserung der Eisenbahninfrastrukturen sowie die Digitalisierung der Verkehrswege durch Breitbandausbau und intelligente Verkehrssteuerung beinhalten. Ein wichtiges Thema für die Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister waren zudem die Bereiche Digitalisierung und Planungsbeschleunigung.

[Meike Tilsner]

In NRW könnten Fahrverbote drohen

Nach der Einschätzung der Bezirksregierung Düsseldorf führt an der Einführung von Diesel-Fahrverboten insbesondere zu Stoßzeiten kein Weg vorbei. Auch für andere Städte wie Köln oder Wuppertal und vielbefahrene Strecken im Ruhrgebiet sind Fahrverbote im Gespräch. Diese Fahrverbote könnten auch für Euro-6-Diesel gelten. Die Regierungspräsidentin Birgitta Radermacher erklärte, dass es selbst mit einem Diesel-Fahrverbot schwierig sei, die Stickoxid-Grenzwerte in Düsseldorf einzuhalten. Der BGA setzt sich dafür ein, dass es nicht zu Fahrverboten kommt. Insbesondere im Bereich der schweren Nutzfahrzeuge ist eine kurz-

fristige Umstellung auf alternative Antriebe weder technisch noch wirtschaftlich möglich. Ob Dieselfahrverbote überhaupt rechtlich zulässig sind, darüber urteilt das Bundesverwaltungsgericht. Die Entscheidung wird Anfang nächsten Jahres erwartet.

[Meike Tilsner]

Zitat der Woche

»Das Bild, das wir abliefern, ist katastrophal.«

Ilse Aigner, stellvertretende bayrische Ministerpräsidentin (CSU) kritisiert den Machtkampf innerhalb ihrer Partei.

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg,
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 30. November 2017
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich